

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamtliche  
Kategorie A, Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißner Behördenleiter bestimmt Blatt.

Postkontonr.  
Dresden 1592.  
Einzelhefte  
Riesa Nr. 22.

Nr. 286.

Freitag, 9. Dezember 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzelhefte für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beilage (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Beilage 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Abrechnungsbilanzblätter „Ergebnis an der Erde“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Gewerkschaftsstraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die Danziger Beschwerden.

Die großen Anstrengungen und Bemühungen in Genf haben es zumeist gebracht, daß der Rat in seiner Behandlung der polnisch-litauischen Streitfrage eine kleine Atempause eintreten lassen muß. Die beiden Vertreter Rumos und Barckhaus haben in öffentlicher Sitzung des Rates ihre gegenseitigen Standpunkte ausgetauscht, es bleibt jetzt den Bemühungen hinter den Kulissen vorbehalten, den Ausgleich zu finden. So wendet sich der Rat, um diese kleine Pause auszunutzen, Fragen zu, die gewiß vom europäischen Gesichtspunkt aus betrachtet, untergeordneter Natur sind, aber nichtbelongender Deutschland in höchstem Maße interessieren. Zum soundvoilesten Male steht wiederum ein Protest Danzigs gegen polnische willkürliche Auslegungen des Danziger Abkommens zur öffentlichen Diskussion des Rates. Auch diesmal dreht es sich wieder um die Frage des polnischen Munitionshafens an der Weichselmündung. In dieser Frage wurde schon vor längerer Zeit in Genf ein Beschluß dahingehend gefaßt, Polen das Recht auf die Stellung eines eigenen Munitionshafens durch den Danziger Senat zuzusprechen. Der Munitionshafen ist mit großen Geldmitteln für Rechnung Danzigs an der Weichselmündung errichtet worden. Damit dürfte die Frage, ob der polnische Munitionshafen „zu Recht besteht oder nicht“, wenigstens vorübergehend ihren alten Wert verloren haben. In der Tat wendet sich der Danziger Protest auch nicht der Frage des Munitionshafens selbst zu, sondern nur der Ablehnung Polens, die Danziger Zoll- und Polizeiorgane bei der Verladung von Munition hinzuzuziehen. Die Forderung Danzigs auf eine Kontrolle, ob den Sicherheitsvorschriften im polnischen Munitionshafen Genüge getan werde, hat ihre Begründung in der Anlage dieses Hafens selbst. Man hat zu beachten, daß das polnische Munitionsdépôt auf der Weichselmündung nur einige hundert Meter von dem Danziger Weichselhafen entfernt liegt, daß sich in unmittelbarer Nähe des Munitionshafens auch der Danziger Vorort Neufahrwasser befindet, der im Falle einer Explosion unbedingt in stärkster Mitleidenschaft gezogen werden würde. Der polnische Munitionshafen ist zwar durch einen höheren Erdwall von seiner nächsten Umgebung abgetrennt worden. Da aber die Sachverständigen erklärt haben, daß diese vorübergehende Maßnahmen keineswegs die Wirkungen einer größeren Explosionskatastrophe herabmindern könnten, so wird der Völkerbundrat sich nicht gut auf den Standpunkt Polens stellen können, die Sicherheit der Danziger Bevölkerung als gewahrt anzusehen.

Der Danziger Senat hat ferner den Antrag gestellt, bei den Verladungen im polnischen Munitionshafen auch Danziger Zollorgane hinzuzuziehen zu dürfen. Diese Forderung basiert auf folgender Tatsache. Das Danziger Abkommen mit Polen sieht die völlige Einfuhr polnischen Kriegsmaterials in den Munitionshafen vor. Als Kriegsmaterial bezeichnet Danzig Waffen und Munition. Die Polen behaupten nunmehr, daß auch Lebens- und Futtermittel für ihre Heeresangehörigen unter den Begriff des kriegsmaterials zu rechnen seien. Der Völkerbundskommissar, dem diese Streitfrage zur Begutachtung übermitteln wurde, hat sich nach eingehender Prüfung des Sachverhalts der Danziger Auslegung angeschlossen. Da der Völkerbundskommissar schließlich eine von Genf eingehende Institution ist, so ist es nicht anzunehmen, daß der Rat sich den Erkenntnissen des Kommissars verschließen wird.

Auch die Frage des Aufenthaltes der polnischen „Kriegsschiffe“ im Danziger Hafen dürfte diesmal den Völkerbundrat beschäftigen. Wenn vor einigen Jahren der Senat der Stadt Danzig sich Polen gegenüber verpflichtet hat, den Aufenthalt der polnischen Kriegsschiffe in den Wintermonaten im Danziger Hafen zu dulden, so galt diese Verpflichtung nur für die Zeit, solange der Hafen von Ebbe und nicht ausgebaut wäre. Es läßt sich wohl nicht abstreiten, daß die Hafenerweiterungen in Gdingen recht überaus ausgedehnt und bei einem Unwetter den dort ankernden Kriegsschiffen wenig Schutz bieten. Aber da es überhaupt fraglich ist, ob der Ausbau des Hafens in Gdingen den Anforderungen eines modernen Handels- und Kriegshafens entsprechend ausgeführt werden kann, so könnte sehr leicht aus der nur beschränkten Verpflichtung des Danziger Senats von Polen ein dauernder Zustand geschaffen werden. Ein Zustand der einem neutralen und selbständigen Staatswesen, wie Danzig es darstellt, nicht angemessen werden kann. Aus diesen Erwägungen heraus hat sich der Danziger Senat dazu entschlossen, schon im Frühjahr dieses Jahres dieses Abkommen zu kündigen. Da Polen die Rechtmäßigkeit dieser Kündigung in Abrede stellt, so wird nunmehr der Völkerbundrat auf Grund der Sachverständigen-Gutachten den Streitfall zu schlichten haben. Wenn somit auch alle diese Forderungen Danzigs rechtmäßig begründet sind, und sie somit allen Anspruch hätten, vom Rate im Sinne der Danziger Auslegung entschieden zu werden, so ist es doch recht zweifelhaft, ob der Völkerbundrat angesichts seiner bekannten Zusammenfassung sich so ohne weiteres für einen Spruch gegen Polen finden wird. Es ist daher anzunehmen, daß der Rat, wie stets, wenn er sich in einer gewissen Verlegenheit befindet, den gesamten Fragenkomplex einer Untersuchungskommission zur weiteren Klärung und Behandlung überträgt wird. Was das zu bedeuten hat, das hat die Völkerbundstatistik der Genfer Kommissionsarbeiten in den letzten Jahren zur Genüge gelehrt.

## Der Reichstanzler zu den Befabungslasten.

Berlin. (Funkdruck.) Im Reichstagsauschuss für die besetzten Gebiete gab Reichstanzler Dr. Wetz folgenden Bericht über die Lage in den besetzten Gebieten:

Ich habe in der zweiten Oktoberwoche dem Reichsgebiet einen Besuch abgeleistet. Überall wurde mir zum Ausdruck gebracht, daß die von der Reichsregierung verfolgte Politik der Verständigung bei der rheinischen Bevölkerung weitestgehende Zustimmung und vollstes Verständnis findet. Andererseits herrscht aber auch ein hartes Empfinden der Leiden, immer noch sehr schweren Lasten, die mit der Befabung verbunden sind. Ich habe schon an Ort und Stelle den Vertretern der Bevölkerung und der Behörden den Dank und die Anerkennung der Reichsregierung für ihr vorbildliches Verhalten bezeugt. Die Volkshilfskonferenz hat Anfang September die Verminderung der Befabung um 10 000 Mann beschlossen. Diese Forderung kann nunmehr wohl als eingehend angelehnt werden. Die Gesamtbesatzung umfaßt 8000 Franzosen und 10 000 Engländer und Belgier. Die das französische und englische Kontingent betreffenden Abtransporte sind bereits erfolgt. Der belgische Abtransport ist am 15. Dezember festgesetzt. Im Zusammenhang mit der Befabungsverminderung wird mit der Rückgabe mehrerer hundert Wohnungen gerechnet.

Ohne den erregenden Fortschritt herabsetzen zu wollen, müssen wir doch feststellen, daß die noch verbliebene Befabung einen schweren Druck darstellt. Es sind in der Tat noch weit über 1000 farbige Mannschaften vorhanden. Die völlige Befreiung der farbigen Truppen war stets eine deutsche Forderung, die wir immer wieder erheben müssen.

Die Schließungen haben infolge ihrer technischen Anordnung schon wiederholt Menschenleben gekostet. Jedenfalls bedauerlich ist die in empfindlicher Weise den Betrieb der Landwirtschaft. Dies wurde in dem schlechten Landwirtschaftsjahr, das das Jahr 1927 ist, doppelt empfunden. Die Verhältnisse sind in diesem Jahre gefordert das französische und das britische Befabungskontingent abgebaut haben, haben die betroffenen Gebiete unersetzlich schwer geschädigt. In den französischen Mandaten nahmen allein etwa 20 000 Mann teil.

Die Reichsregierung hat es an Bemühungen, in diesen Dingen eine Besserung herbeizuführen, wahrlich nicht fehlen lassen. Sie wird diese Bemühungen mit Eifer fortsetzen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Wandel geschaffen wird.

Die sogenannte Rationierungsordnung machte das ganze besetzte Gebiet mit Ausnahme der britischen Armeezone für militärische Zwecke dienbar. Diese Rationierungen und Rationierungen führen auch zu zahlreichen kriegsgerichtlichen Verurteilungen deutscher Bürger. Von der Befabung werden sie einmütig als Mobilmachungsmaßnahmen gegen Deutschland empfunden.

Wir werden die Befreiung dieser Ordnung auch weiterhin mit dem größten Nachdruck betreiben, gerade weil sie sich in schärfster Weise dem Prinzip der friedlichen Verständigung befindet. Seit Monaten schwächen Verhandlungen zwischen der Rheinlandskommission und dem Reichskommissar über eine Neugestaltung des Ordnungsplans. In unerwarteter Weise hat der Reichskommissar mündlich und schriftlich den deutschen Standpunkt in allen Einzelheiten vertreten und begründet.

## Aus dem Reichstage.

Berlin. (Funkdruck.) Im Reichstage hielten heute Freitag der Haushaltsausschuss, der Steueraususschuss, der Bildungsausschuss, der Wohnungsausschuss, der Strafrechtsausschuss und der Ausschuss für die besetzten Gebiete Sitzungen ab. In diesem letzten Ausschuss fand eine allgemeine Aussprache über die Lage in den besetzten Gebieten statt, die eingeleitet wurde durch eine Rede des Reichstanzlers Dr. Wetz in seiner Eigenschaft als Minister für die besetzten Gebiete.

Die Reichstagsdebatte selbst beginnt heute um 10 Uhr. Außer der dritten Lesung der Seetransportfrage, dem jugoslawischen Handelsvertrag und anderen Vorlagen steht als wichtigster Punkt die Beratung über die Ruprentschädigung auf der Tagesordnung.

## Ausbau der polnischen Kriegs- und Handelsflotte mit finanzieller Hilfe Frankreichs.

Washington. (Telunion.) In diesem maßgebenden Kreise hat man es mit Befremden bemerkt, daß die polnische Regierung unter offenkundiger Umgehung der ihr auf Grund der Amerika-Anleihe auferlegten Sanierungsbedingungen in der wichtigen Frage des Ausbaues ihrer militärischen Kräfte auf die französische Regierung herabgetreten ist und von dieser die finanzielle Hilfe für den Ausbau der polnischen Kriegs- und Handelsflotte verlangt hat. Polen soll diesen ausserordentlichen Schritt damit begründet haben, daß die polnische Regierung nicht über genügend Mittel verfüge, da die Bedingungen der Amerika-Anleihe eine Verwendung für militärische Zwecke verbieten. Die bereits seit einiger Zeit zwischen Paris und Warschau geführten Verhandlungen haben nach hier vorliegenden zuverlässigen Nachrichten nunmehr zu einer Einigung geführt. Danach hat sich die französische Regierung bereit erklärt, Polen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, jedoch nur unter der Bedingung, daß keinerlei polnische Schiffbauaufträge an andere als fran-

zösische Werften gegeben werden. Ferner soll Frankreich dafür die Konzeption zum Bau einer Werft in Gdingen erteilt und alle anderen Verhandlungen mit anderen Unternehmungen hierüber abgebrochen werden. Man verneint diese Vereinbarungen zwischen Frankreich und Polen umso mehr, als sie der von Polen vor Abschluß der Amerika-Anleihe betonten friedfertigen Politik und der Haltung der französischen und polnischen Delegierten bei den letzten Abrüstungsverhandlungen in Genf schroff widersprechen.

## Das jungdeutsche Manifest.

Am 18. Dezember wird der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Wabrun, das bereits seit Jahren fertiggestellte jungdeutsche Manifest der Öffentlichkeit übergeben. Es enthält die jungdeutsche Auffassung über Volk und Staat und stellt die Formulierung jungdeutschen Denkens und Empfindens dar. Die Veröffentlichung des Manifestes vergrößert sich bisher aus politischen Gründen. Nunmehr steht die Ordensleitung den rechten Zeitpunkt für gekommen. Es wird harte Kritik über ein Spitem des heutigen Staatsaufbaues und des herrschenden Parlamentarismus, dessen Stützen schon seit nicht mehr an ihre Eignung zur Förderung wahrhaften Volkswohls glauben dürfen, da sie den fühlbaren schweren Mängeln bereits durch eigene Abänderungsversuche abzuwehren sich anstrengen. Alle diese sind nach jungdeutlicher Auffassung unzulänglich. Wabrun hat durch langjährige Beobachtungen und in schweren politischen Kämpfen um seine Ideen, wobei er von dem einmal als richtig erkannten Wege nie abgewichen ist, die Durchführbarkeit seiner positiven Vorschläge erproben können. An der deutschen Öffentlichkeit wird es liegen, den Plan für die Neugestaltung unserer Staatsstruktur zu erörtern und die gebotenen Anregungen zum Nutzen des deutschen Volkes für seine innere Einigung und Befreiung zu verwenden.

Zu der am 17. Dezember in Berlin vorausgehenden Tagung des Ordens-Hochrates wird Wabrun bereits vor der abendlichen Presse des In- und Auslandes seine Ideen über den deutschen Volksstaat der Zukunft entwickeln.